

vor das Fortbringen zu stellen. Barlaam er wiederum das Notwendige, so ist u. a. das Ende der Lotterienpolitik und die Forderung von Brünning unumgänglich geworden. Wir glauben, daß diese Veränderung sehr bald unumvermeidlich sein dürfte.

Als eben Herr Grösch erklärt, daß nichts zu erwarten ist, daß im Herbst dieselbe schicksalvolle Lage bestehen wird und jetzt auf einmal macht er sich Ausführungen des Vorwärts zu eigen und legt Hoffnungen auf Brünning, um erneut mit der schicksalhaften Bestimmung zu kämpfen, daß diese veränderte Frontstellung sehr bald unumvermeidlich sein dürfte. Vorläufigermaßen und kennzeichnenderweise schreibt Grösch: „Fürs! Im Herbst! Fürs! Fürs!“

Aber Grösch legt ungewollt selbst dafür, daß sein dummes Betrugsgeschäft nicht erst im Herbst, sondern schon heute sich entscheidet. Am Anfang seines Artikels äußert er keine sozialistische Klasse. Er sagt, daß die Lotterienpolitik Brünning durch die SPD nach dem 14. September richtig war. Er erklärt weiter:

„Auch diejenigen in unserer Reihe, also, die sozialdemokratische Lotterienpolitik seit je kritisch oder ablehnend gegenüberstanden, werden gegeben müssen, daß unsere Forderungen für ihren Rücktritt vom Dienstag gemäßigter, sehr gemäßigter Gründe geltend machen kann und daß sie glauben dürfte, durch die Fortführung der Brünning den arbeitenden Volk einen besseren Dienst zu leisten, als mit dem Sturz des Kabinetts.“

Das ist der wahre Grund. Er billigt die Rettung Brünning, die Fortsetzung des Reichstages und die Unterbrechung der Reichsrechnung durch die SPD, durch ihre Haltung am Dienstag!

Grösch und Kraß spielen auf den Dienstag vertrieben und Grösch rechtfertigt den Rücktritt des Reichstages der SPD. Kraß wird für das nächste Mal das Linienheft vorbereitet: Grösch ist es, der jetzt „radikal“ auf den Herbst vertritt und im Herbst kann dann Kraß wieder dem nächsten Reichstag, die weitere Lotterienpolitik des sozialistischen Reiches rechtfertigen. So soll es gemacht werden.

Die Sache ist noch die: Wenn Grösch die verabschiedete Haltung der SPD vom Dienstag gutheißt, so ist nicht einzusehen, warum er nicht auch das nächste Verbrechen, im Herbst billigen wird. Wenn es richtig war, jetzt Brünning zu tolerieren und keine Notwendigkeit zu fühlen, so ist es ebenso richtig, auch im Herbst Brünning wieder zu retten und eine weitere Vorgehensweise zu beschließen.

Und Grösch bereitet für den Herbst auch schon die weitere Lotterienpolitik der Brünning-Politik vor. Was er nämlich heute Brünning zum Hauptstützpunkt macht, ist, man höre und laune, nicht die sehr der ungescheiterte Sozialismus, nicht der Sozialismus der Terror, der im Brünning Politik der Reichstages und die Finanzen des kapitalistischen Deutschlands, überhaupt nicht im Gleichgewicht zu bringen sind. Grösch legt sich um den kapitalistischen Reichstag, um die Heilung des kranken, kranken Kapitalismus und kapitalistischen Reiches, statt, wie Marx es lehrt, die Krise der Wirtschaft und Finanzen zur revolutionären Klassenkämpfe und zur Bekämpfung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu benutzen.

Und wiederum hier einhalten sich die „linken“ Propagandisten, wenn Grösch schreibt:

„In der Politik kommt es nicht allein auf zahlenmäßige Erfolge, sondern manchmal noch mehr auf das Kapital an. Ein Volk kann viel ertragen, um sich aus Krisen zu retten und namentlich die sozialistische Arbeiterklasse hat bisher sehr viel realpolitischen Sinn bewiesen, aber solche Zeiten der Not, wie gegenwärtig, kann ein Volk ohne ständige Vorbereitung, ohne zeitliche Vorbereitungen und Revolution nur überleben, wenn es sich, daß das Selbstvertrauen geübt, daß nicht Millionen an Schmach und Entwürdigung erleiden, sondern daß die gesamte Arbeiterklasse, die die Politik ist aus Brünning bis heute schuldig geblieben.“

Was Grösch verlangt, ist nicht ermittelbares Vorgehen gegen die Millionen, die die SPD hat dem auch die Millionensteuer abgeben. Er verlangt lediglich „das Kapital“, d. h. einige Tausen zur Tilgung des Volkes, und verpflichtet dafür, daß das Volk „viel ertragen kann“, daß die SPD alles tun wird, um den Wahlen die Notwendigkeit schärfen zu machen.

Die Forderung der kommunistischen Internationale stelle treffend sei. Unter dem Druck der zunehmenden Ungewissheit und der einliegenden Klassenkämpfe der Arbeiter ist die Sozialdemokratie... genötigt, weiches Betragen zu zeigen und in heucheligen Worten... für den Ausbau der Sozialpolitik... und für den Kampf gegen den Nationalismus einzutreten. In Wirklichkeit hilft die Sozialdemokratie durch diese Rhetorik dem Kapital, seine Offensivkraft auf die Lebenshaltung der Arbeiterklasse durchzuführen, keine Diktatur zu bekämpfen. Die Forderung des bürgerlichen Staates zu beschleunigen und den Widerstand der Arbeiterklasse zu unterdrücken...“

Die „linke“ Verdrängung Grösch auf den Herbst ist eine heuchel, eine Verdrängung auf den Stimmertag. Die SPD wird nie etwas anderes als Volkserretter sein.

Die Konzeption: Volkserretter für Arbeit, Brot und Freiheit in roter Einzelstrick unter Führung der KPD. Solch machen mit der KPD-Geschichte, Massen-erretter in die KPD, Massenbannwort der Arbeiterklasse!

## Den Pächtern wird die Ernte gepfändet!

### Unerhörte Ausplünderung und Terror

Jena, 19. Juni. (Eigene Drahtmeldung.)

In Thüringen laßt dem größten Teil der dortigen Pächter wegen Rückzahl von Pachtgeld schon jetzt die Ernte gepfändet werden. In wenigen Tagen wird durch die Stadt die Zwangsversteigerung durchgeführt. Kein Pächter darf auf sein Grundstück, wenn er nicht das Pachtgeld bezahlt hat. Besonders schwer betroffen durch diese brutalen Maßnahmen sind die kleinen Pächter, die arbeitslos oder Sozialrentner sind und denen auf Grund ihrer kümmerlichen Pacht keine Erwerbshoffnung oder Sozialunterstützung gesichert wird. Die kommunistische Stadtkommunikation hat sofort einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, um eine öffentliche Sitzung gefordert, um die sofortige Rückzahlung der Pfändungsmassnahmen durchzuführen.

## Freital will zu Dresden

Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, schwächen bereits Verhandlungen zwischen den Bürgermeistern der Städte Dresden und Freital über eine Eingemeindung Freitals nach Dresden. Auch in Dresden gedenkt man einer Verdrängung in Freital gewesen. Das eigenartige ist, daß diese Verhandlungen hinter verschlossenen Türen geführt werden.

# KPD-Antrag: 6 Stunden bei vollem Lohn im Kohlenbergbau angenommen

## Nazi und SPD gegen Wahl der Sicherheitskommissionen durch die Belegschaft

Dresden, den 18. Juni 1933

In der Donnerstagssitzung des Sächsischen Landtages kam es zur Abstimmung über den KPD-Antrag, wonach die Regierung beauftragt werden soll, auf die sächsischen Steinkohlenunternehmungen einzuwirken, daß die Arbeitszeit unter Tage auf 6 Stunden, über Tage auf 7 Stunden bei vollem Lohnausgleich festgelegt wird. Dieser Antrag wurde in der Abstimmung mit Mehrheit angenommen.

Die SPD, die sich im Ausschuh nicht für diesen Antrag eingelegt hatte, wagte es nicht, in der öffentlichen Sitzung gegen ihn zu stimmen und die Nazis spalteten sich bei der Abstimmung, so daß dennoch eine Mehrheit für den Antrag zustande kam.

Angenommen wurden außerdem die kommunistischen Forderungen, daß zur Verhinderung der Schlagweitergefahren unter allen Umständen nach den Schichtbestimmungen zu verfahren ist; daß zur Vermeidung von Kohlenstaubexplosionen Vernebelung einzusetzen wird und daß hochspannende Eingänge werden, um die Vermeidung der Verengung der Gänge und Weiteinsatz auf ein Minimum herabzusetzen. Ein weiterer KPD-Antrag, zur Überwachung der Durchführung der Maßnahmen die Betriebsabstände der Arbeit festzusetzen, wurde ebenfalls abgelehnt, ebenso wie die Nazis geforderten gegen ihn stimmten. Jedoch die Nazis stimmten mit dem Ablehnen des kommunistischen Antrages, wonach die Grubenoberaufsichtskommissionen durch einen vom Betriebsrat gewählten Ausschuss zu wählen sind. Gegen diesen Antrag stimmten nicht nur die Nazis, sondern auch die Sozialdemokraten geschlossen!

Der nächste angenommene Antrag auf Durchführung des Schicht- und Sechsstundenbetriebes bei vollem Lohnausgleich auch im Steinkohlenbergbau wird auf dem sächsischen Widerstand der Arbeiterpartei, der Reichsbund der Arbeiter und der Arbeitervereine liegen. Die Regierung wird sich deshalb sofort in Belegstellenverhandlungen zur Durchführung dieser Beschlüsse des Landtages Stellung nehmen und sie durch außerparlamentarischen Kampf erzwingen.

Im Beginn der Landtagssitzung wurde ein Antrag der vertriebenen Sozialisten einmündlich der Nazis gegen Aufwertung von Arbeitslosen durch die Gemeinden beraten. Das sächsische an diesem Antrag ist, daß er den großkapitalistischen Schuldnern und Banken soziale Aufwertungsmaßnahmen zuzugestehen, die den in Wahrheit geschädigten kleinen Sparern und Gläubigern. Dem kommunistischen Redner, Genosse Hermann, verweigert, blieb es überlassen, die Interessen der durch die großkapitalistische Inflationspolitik ins Elend geratenen kleinen Sparern zu vertreten. Genosse Hermann erklärte, daß die Kommunisten für eine solche Aufwertung für die kleinen Sparern keine Zeit hätten, während sie den Kapitalisten, Banken und Kreditinstituten fortgesetzt Gewinne ermöglichen. Der Antrag wurde dem Reichsausschuh überwiesen. Nunmehr folgte die bedeutungsvolle Debatte über die

### Vage im sächsischen Steinkohlenbergbau.

Genosse Wechsungen begründete hierbei die kommunistischen Forderungen, kennzeichnete die erdärmliche Lage der sächsischen Bergarbeiter und schilderte an Hand seiner eigenen Erfahrung als Kumpel und vieler Beispiele aus dem Bergarbeiterleben die ungeheuren Gefahren, die durch die kapitalistischen Rationalisierungsmaßnahmen und die damit verbundenen Entwürfe Leben und Gesundheit der Bergarbeiter aufzuheben werden. Die KPD-Forderungen sind die der Bergarbeiter und unabhängig davon, ob der Vortag diese Forderungen annimmt oder ablehnt, werden die Bergarbeiter selbst um ihr Recht kämpfen müssen. In diesem Kampf werden die KPD und KGO im Gegensatz zur Haltung der reformistischen Gewerkschaftsbürokraten den Kampf von der Seite führen.

Die Abstimmung ergab das einmündig bereits erwähnte Resultat. Angenommen wird auch ein Antrag, daß zur Hebung der Arbeitslosigkeit eine Verbilligung der Hausgrundstücke herbeiführt wird und darüber hinaus für Erwerbslose eine 50-prozentige Preisermäßigung erfolgt.

Mittlerweile war der Nachfolger des Genossen Wehner, der Genosse Silbermann, erschienen und wurde offiziell eingemeldet.

### Nazi wütheten sich vor der Abrechnung!

Bei der Debatte über die Forderung der Inanspruchnahme für die nächste Sitzung stellte Genosse Siegel die Forderung, die Anträge gegen die

### Haltung der Polizei bei den Nazisüberfällen

auf die Arbeiterklasse in der nächsten Sitzung zu beraten. Es geschah, daß diese Forderung von sämtlichen Bürgerlichen einschließlich der Nazis abgelehnt wurde. Die vom Präsidium für die nächste Sitzung vorgeschlagenen Kirchenbeschlüsse wurden mit Mehrheit abgelehnt.

# Polizei-Vodspiziel entlarvt!

## Enthüllungen des „Ruhr-Echos“ über die Quellen der antikommunistischen Heße

Essen, 19. Juni. (Eigene Drahtmeldung.)

Das Ruhr-Echo, dem es bereits vor Jahresfrist gelang, den sich in die KPD einschleichenen Polizeiagenten zu entlarven, hat mit Hilfe des kommunistischen Nachrichtenbüros erneut einen polizeilichen Vodspiziel namens Jachsch zur Strecke gebracht.

Unter Kriechblatt veröffentlicht ausführliche Angaben über die Tätigkeit dieses Vodspiziel, sein Bild, Spenderrichtungen und handgeschriebene Schriftstücke dieses Subjekts, die den klaren Beweis dafür liefern, daß dieser Agentenprovokateur im Auftrag der Polizeibehörden und bezog sich von ihnen systematisch „Belästigungsmaterial“ gegen die KPD und die revolutionären Massenorganisationen herbeizuschaffen und zu fabrizieren suchte. Diese Enthüllungen werden ein entscheidendes Schlaglicht auf die Hintergründe der sächsischen Polizeikampagne gegen das Essener Parteibüro der KPD und gegen den Kampfband und lassen gleichzeitig die Quellen erkennen, aus denen die SPD- und bürgerliche Presse die von A bis Z geschaffenen „Geheimstandsrichtungen“ der KPD bezog. Der gefasste Vodspiziel ist der Reichskommunikationsminister Jachsch, der bei 1927 Mitglied der KPD (1) war, am 18. 12. 30 in die KPD eintrat. Jachsch war vom ersten Tag an höchst „aktiv“. Er trat dem Kampfband gegen den Nationalismus, der KPD, Köln Hilfe und NSD bei und verfuhr eifrig in die Reihen der einzelnen Organisationen einzudringen. Seine erste Tätigkeit war die Denunziation eines Arbeiters, bei dem die Polizei zwei Schreibmaschinen, einen Abziehapparat und eine Kopiermaschine beschlagnahmte. Damit nicht genug fertigte Jachsch im Auftrag der Polizei einen „geheimständlichen Informationsplan der Kommunisten für die Stadt Essen“ an, der jedoch nicht mehr in irgendein Verzeichnis hineinbefördert werden konnte, da er vom Nachrichtenbüro der KPD abgelehnt wurde. Am 12. Mai wurde auf dem Hauptbahnhof Kettlinghausen Jachsch aufgelesen, wo er mit einem Kriminalbeamten eine Zusammenkunft hatte, dessen Aufgabe es war, an Jachsch Lage in Dresden zur Ausführung bringen sollte. Hier verfuhr er von der Partei Material über „Verfälschungsarbeit unter den

Polizeibeamten“, über „Waffendepots“ und sogenannte „Terrorgruppen“ in Erfahrung zu bringen. In Essen quartierte er sich beim „Christlichen Verein junger Männer“ ein, wo er die Arbeiter zu Aktionen aufforderte und ihnen Waffen polizeilicher Herkunft anbot. Am 5. Juni trat er die Lösung an: „Hier nach dem Parteihaus, um vor dort konzentriert eine Winterkampagne in der Annahmehaus durchzuführen.“ Prompt zur festgesetzten Zeit erschien die Polizei auf dem Platz und verfuhr eine Reihe Arbeiter. Sein letztes Werk war ein Verfallungsbericht des Kampfbandes, in dem über die Durchführung einer illegalen (namentlich Kattgeordneten) Demonstration des Kampfbandes berichtet wird. Dieser Bericht wurde bei der polizeilichen Durchsuchung des Kampfbandes triumphierend als „Belästigungsmaterial“ beschlagnahmt. Mit Hilfe solcher Subjekte wird die unverständliche Pressehege gegen die KPD betrieben.

### Kommunistische Abgeordnetenmandate in Rumänien „ergriffen“

Bukarest, 17. Juni. Die Mandate der gewählten 5 kommunistischen Abgeordneten wurden in der Kammerkammer noch mehrjüngster Debatte für unzulässig erklärt.

Am Stelle der 5 Kommunisten traten als Ersatzmänner 2 Regierungsparteiler, 1 Nationalisten, 1 Sozialdemokrat und 1 Mitglied der Arbeiterpartei.

### Ortsgruppe Froburg berufen!

Gründung einer Winterabteilung mit 71 Kindern durchgeführt. Ortsgruppe mit 16 Mitglieder im März auf 60 Mitglieder Anfang Juni gesteigert. Ein Genosse war innerhalb der letzten Woche 10 neue Parteimitglieder.

Wo bleiben die Berichte der übrigen Ortsgruppen, „Berichte“, „Strategien“? Kommunisten Genossen! Entfaltet den revolutionären Weltbewußt.